Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt“ erscheint täglich zweimal mit Ausnahme des Sonntags, an welchem es nur in einer Morgenausgabe ausgegeben wird. Man abonnirt außerhalb Berlins bei allen Post-Anstalten des deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Donaustaaten; in Berlin bei der Expedition, Jerusalemerstraße 48/49; Filiale Friedrichstadt: Friedrichstraße 66; Filiale Königstadt: Königstraße 56/57; Filiale Louisenstadt: Prinzenstraße 41; bei allen Zeitungsspeditoren und Stadtpostämtern. Für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich.
Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis auf das „Berliner Tageblatt“ nebst „Handels-Zeitung“, sowie dem illustrirten Wigblatt „ULK“, der soeben erschienenen Montags-Beilage „Reigen“, dem Sonntagsblatt „Deutsche Lesehalle“ und den „Mittheilungen über Landwirthschaft, Gartenbau und Hauswirthschaft“ vierteljährlich 5 Mark 25 Pf. Ausland zzgl. Postaufschlag; bei directer Zusendung unter Kreuzband 14 M. pro Quartal (für Berlin auch monatlich 1 M. 75 Pf. incl. Botenlohn, bei separater Zustellung des Abendblattes 2 M. pränumerando). — Inserate à Zeile 50 Pf. („General-Anzeiger“ 30 Pf.) werden in der Expedition Jerusalemerstraße 48/49, sowie deren Filialen: Friedrichstraße 66, Königstraße 56/57, Prinzenstraße 41 angenommen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt.

Nummer 126. Berlin, Sonnabend, den 10. März 1894. XXIII. Jahrgang.

Agrarischer Verfolgungswahn.

Die angeblich nothleidenden Grundbesitzer behaupteten bei ihrer letzten großen Demonstration gegen den Vertrag mit Rußland in Berlin, daß sie Haus und Hof verlassen und unter die Obdach- und Arbeitslosen gehen müßten, wenn auch an der russischen Grenze ein Eingangszoll von „nur“ 35 Mark für die Tonne Brodgetreide erhoben würde. Sie haben es weit gebracht mit ihrem lauten Schreien; noch ist es nicht lange her, daß man einen Zollsatz von 35 Mark für eine Ungeheuerlichkeit hielt; jetzt stimmen gar Viele darin überein, daß dieser Satz zu gering für die Grundbesitzer sei.

Unsere wirklichen Nothleidenden, also alle mit nur geringem Einkommen, haben sicher die überhohen Preise von 1891/92 noch nicht vergessen. Noch im Juni 1892 war der monatliche Durchschnittspreis für Weizen und für Roggen über 200 Mark; erst von da ab begann der Preisrückgang, zur wirklichen Gefahr für die Landwirthe, anhaltend unter 150 Mark, kam es aber erst vom August 1893 an. Im Herbst 1892 und im Frühjahr 1893 wirkte die überreiche Ernte ausgleichend, so daß nur diejenigen Landwirthe einen wirklichen Schaden erlitten, welche noch viel Getreide von 1891 her lagern hatten, weil ihnen damals der Preis von über 250 Mark nicht hoch genug war.

Die reichen inländischen Vorräthe haben im ganzen Jahre 1893 die Preise beeinflußt; man darf im Allgemeinen sagen, daß nach einer vorangegangenen langen Periode mit guten bis sehr hohen Preisen ein zu großer Preisdruck erst seit etwa jetzt 15 Monaten stattgefunden hat, aber nur für Getreide und Kartoffeln, die anderen Erzeugnisse unserer heimischen Landwirthschaft jedoch bis zur Stunde immer Preise, welche guten Gewinn übrig ließen, gehabt haben.

Wechselnde Chancen giebt es in jedem Geschäft und zur Zeit recht ungünstige sicher auch für sehr viele Erwerbskreise außerhalb der Landwirthschaft; Klagen hört man von diesen auch, um milde Gaben aus dem Staatssäckel haben sie aber noch nicht gebettelt, obschon sie ihre Nothlage leicht beweisen können, während die Landwirthe noch nicht bewiesen haben, daß sie bei den jetzigen Getreidepreisen keinen Gewinn mehr behielten. Ihre Behauptungen von bis und über 180 Mark Anbaukosten für die Tonne Brodgetreide beruhen einfach auf falschen Berechnungen oder auf unrichtigen Schätzungen, wenn sie im Allgemeinen gelten sollen.

Will man die Lage der Landwirthe richtig beurtheilen, dann darf man nicht von lokalen Verhältnissen einzelner Landwirthe ausgehen, sondern nur von Durchschnittszahlen und von guter Bewirthschaftung unter Ausschluß von vorzüglichen wie von schlechten Erträgen und Verhältnissen. Wo die durchschnittlichen Erträge nur gering sind, da bleiben auch die Anbaukosten gering, so daß selbst die jetzigen Preise von 120 bis 140 Mark für Brodgetreide noch keine wirklichen Verluste bringen. Sicher aber ist, daß der auf längere Zeit fixirte Zoll von 35 Mark bei ungünstigen Ernten für die Mehrzahl der Bevölkerung wieder recht unangenehm wirken kann, und jedenfalls ist die Garantie dieses Zollsatzes auf Jahre hinaus ein der Landwirthschaft gewachtes sehr werthvolles Geschenk, gegenüber welchem die übrige Bevölkerung, weil zur Zeit die Brodpreise mäßige sind, auffallend geduldig sich erweist. Gegenüber den übertriebenen Forderungen der Herren vom Bund der Landwirthe wäre die richtige Antwort eine Agitation für Abschaffung der Getreidezölle, statt dieser werden sie jetzt dringend gebeten, doch ja die 35 Mark Zoll gnädigst annehmen zu wollen!

Mit welchem Rechtstitel können aber die Herren ihre Forderung, daß die Zollgesetzgebung ihnen die gewünschte Höhe der Preise garantiren soll, begründen, nachdem sie selbst, als die Preise kaum erschwingliche waren, keinen Pfennig vom Zoll nachlassen wollten? Wenn man danach fragt, dann begegnen wir Anschauungen, welche nur im Größenwahn wurzeln können, und mit diesem Größenwahn haben sie sich nach und nach auch in einen Verfolgungswahn eingelebt, indem sie behaupten, daß eine förmliche Verschwörung zum Ruin der Landwirthschaft bestehe!

„Nur die kosmopolitischen Juden und Judengenossen haben Freude am Handelsvertrag,“ und eine „feindliche Invasion, welche unsere Fluren zerstampfte, ist besser als das Elend des Hungertodes und das langsame, aber sicheres Verderben an Leib und Seele,“ schreibt das Bundesorgan.

„Die Hauptorgane der „Vertragsschwärmerei“ sind die jüdisch-liberalen Blätter. „Nationalliberale, Freisinnige und Sozialdemokraten sind gleich im Hasse gegen uns, einig wie in der Wahl der Mittel, überall dieselben, weil das Alles von einem Mittelpunkt kommt, welchen wir sehr gut kennen,“ sagt die „Kreuzzeitung“, und die „Schlesische Zeitung“ setzundzu mit Worten wie: „Agrarierhetze! Judenhetze! Wilder Tummel! Nur Sozialdemokraten, Freisinnige und der demokratische Theil des Centrums sind unsere Gegner.“ Da wird man doch wahrlich an das Wort erinnert, daß Methode in dem Wahnsinn liegt.

Das große Zugeständniß eines zehnjährigen Zolls von 35 Mark, welches über Nacht recht verhängnißvoll für die übrige Bevölkerung werden kann, verleitet die Agrarier zu förmlichen Wuthausbrüchen und zur Wahnvorstellung von einer Verschwörung zum Ruin der Landwirthschaft, zur Vorstellung von „unbeschreiblich verblendeten Elementen, welche die Agrarierhetze gewohnheitsmäßig betreiben“ (Deutsches Wochenblatt).

Für das Alles giebt es nur eine Erklärung, die einer unbeschreiblichen Verblendung der Agrarier, welche es bewirkt, daß sie sich einbilden, allein die eigentliche Kraft der Nation, die wahre Grundlage des Staates zu sein, die überwiegende Majorität des Volkes und die Wehr-, die Nähr- und die Steuerkraft u. s. w. zu repräsentiren. Es ist Zeit, diesem Größenwahn ein Ende zu machen, d. h. diese Vorstellungen auf das richtige Maß zurückzuführen.

Die ganze landwirthschaftliche Bevölkerung wird kaum noch 36 Prozent der Gesammtbevölkerung ausmachen, da schon die Berufsstatistik von 1882 nur noch 41 Prozent ergeben hatte, und seitdem die großen Abwanderungen stattgefunden haben; nach den Ergebnissen der preußischen Erhebungen für die Einkommensteuer steht das ganze platte Land, also einschließlich der nicht unbeträchtlichen Zahl der nicht landwirthschaftlichen Bevölkerung in allen Orten unter 2000 Einwohnern, bedeutend in dem Steuerkapital und der Steuerzahlung gegen die Städte zurück, und der Gesammtwerth der landwirthschaftlichen Erzeugung ist zwar noch immer ein sehr großer, ein für unser Volk hochwichtiger, unentbehrlicher, er hat aber doch auch schon das Uebergewicht über den Gesammtwerth aller anderen Erzeugnisse verloren. Mindestens 60 Prozent aller Erzeugnisse der Landwirthschaft werden in den landwirthschaftlichen Betrieben zu deren Unterhaltung selbst verbraucht, und für die Ausfuhr leistet unsere Landwirthschaft, welche nur Rohstoffe und Lebensmittel gewinnt, fast gar nichts mehr, während die Industrie allein im letzten Jahrzehnt (1882/91) durchschnittlich für 2330 Millionen Mark Fabrikate ausführte und im Jahre 1892 etwas über 75 Prozent der ganzen Ausfuhr lieferte gegen 68 Prozent im Jahre 1882. Die Gesammtsumme des Absatzes im Lande kommt noch zu diesen Werthen hinzu.

Die Aufgabe der nicht landwirthschaftlichen Erwerbskreise ist es, die Rohstoffe zu vervollkommnen und in höherwerthige Formen umzuwandeln, und der so gewonnene Mehrwerth ist es, welcher das Anwachsen unseres Wohlstandes möglich macht und uns die Kaufkraft im Auslande für fast Alles, was wir vom Ausland kaufen wollen, giebt, weil unsere Landwirthschaft dazu wenig beiträgt und nur noch der Bergbau und die Forstwirthschaft mit betheiligt sind.

Der Streit, ob die Landwirthschaft oder die Industrie bei uns wichtiger sei, ist ein müßiger; sie sind beiderseits nothwendig und wichtig, und sie sollen sich beiderseits fördern und unterstützen, wenn es uns gut gehen soll. Will man aber den Streit provoziren, wie das die Herren vom Bunde thun, dann müssen sie dabei unterliegen, weil die Industrie und die Städte das Uebergewicht haben. Daran läßt sich nichts mehr ändern; mit unrichtiger Statistik kommt man nicht weit. Die Herren vom Bunde thäten sehr gut daran, dafür zu sorgen, daß sie für ihre Blätter gute Statistiker gewinnen, und daß ihre Redner, bevor sie die Agitationsreisen antreten, mit der Statistik und den Grundlehren der Volkswirthschaft sich besser befreundeten. Sie würden dann jedenfalls bescheidener werden. Unsere Landwirthschaft soll sicher nicht zu Grunde gehen; sie ist uns so nothwendig wie die Industrie, auch wenn sie weniger leistungsfähig ist, weil sie die Leistungsfähigkeit der Industrie wesentlich mit bedingt; umgekehrt bildet aber auch die städtische und die industrielle Bevölkerung für die Landwirthschaft die Bedingung der Leistungsfähigkeit, denn je kaufkräftiger die sonstige Bevölkerung ist, um so mehr Einnahmen beziehen die Landwirthe; sie schaden sich selbst am meisten, wenn sie die industrielle Entwickelung hemmen wollen, sowie umgekehrt die sonstige Bevölkerung sich am meisten selbst schaden würde, wenn sie das Emporblühen der Landwirthschaft gefährden wollte.

Daran denkt in den Stadt- und Industriebezirken Niemand, und darum ist die Behauptung einer Verschwörung gegen die Landwirthschaft eine Albernheit.

Die Herren vom Bunde streben aber nach Machtstellung; sie wollten die beherrschende Partei zu Gunsten der Konservativen werden; sie vermaßen sich, alle Landwirthe zu diesem Zwecke zu einigen und im Reichstag und in den Landtagen die große Majorität zu gewinnen, um der übrigen Bevölkerung die Gesetze zu diktiren und die Reichskanzler ein- und absetzen zu können.

Dagegen hat sich allerdings eine scharfe Opposition gebildet; die Landwirthe selbst stehen sich jetzt durch den Bund in Gruppen feindlich gegenüber, und die nicht konservativen Parteien mußten allerdings gegen solche Uebergriffe sich wehren; verschworen zur Vernichtung der Gegner haben sie sich aber darum doch nicht, denn jede Partei verfolgt noch wie vor ihre Ziele; einig sind sie nur in der Abwehr der herrschsüchtigen Bestrebungen der Bündler, und das mit Recht.

Die Landwirthe dürfen überzeugt bleiben, daß der Landwirthschaft jeder Politiker wohl will, die Bündler mit ihrem ganzen Anhang aber, daß sie niemals trotz allem Schreien die Oberhand gewinnen werden. Beklagen sie sich darüber, daß alle Anderen gegen sie sind, dann klagen sie umsonst, weil sie die Gegnerschaft provozirt haben. Diese Gegnerschaft als „kosmopolitische Juden und Judengenossen“ zu bezeichnen, ist eine bodenlose Frechheit, weil sie die tüchtigsten Kräfte der Nation, die hervorragendsten Angehörigen aller Konfessionen und aller anderen Parteien umfaßt, unter den Landwirthen selbst und in den höchsten bis zu den unteren Ständen und Kreisen ihre Vertretung findet.

Die Silberkommission.

* Die drei „praktischen Vorschläge, welcher bisher der **Silberkommission** zur Prüfung zugegangen sind, haben wenigstens das Eine gemeinsam, daß sie münzpolitische Experimente in Deutschland allein ausschließen. Der Antrag Kanitz, ein alter Bekannter aus dem Reichstage, dem selbst die Schließung der indischen Münzstätten und die Aufhebung der Sherman-Bill nichts von dem Vorwurfe des Urhebers hat rauben können, verlangt allerdings, daß Deutschland auf dem Papier des Reichsgesetzblatts die Initiative zur Einführung der Doppelwährung ergreife, aber in Kraft treten soll das Gesetz doch erst, wenn auch die übrigen Goldwährungsstaaten geneigt sind, denselben Weg zur „Verbesserung“ ihrer Münzverfassung im Sinne der Agrarier einzuschlagen, was jedenfalls in den nächsten Jahrzehnten noch nicht der Fall sein würde. Der Antrag Kanitz ist nichts als eine Einladung an den Reichstag, einen münzpolitischen Monolog zu halten. Für die Praxis hat er — abgesehen von der Erschütterung des Vertrauens in die bestehende Münzverfassung — gar keine Bedeutung für die Hebung des Silberwerthes. Die beiden anderen Anträge, derjenige des Direktors Königs und des Professors Dr. Lexis, setzen ebenfalls eine internationale Verständigung voraus; zwischen möglichst vielen Staaten (Nordamerika und Britisch-Indien einbegriffen) nach Königs, aber zwischen Deutschland, England und Nordamerika nach Lexis. Beide laufen auf eine erhebliche Vermehrung der Silbermünzen hinaus; aber der sehr wesentliche Unterschied zwischen denselben ist der, daß nach dem Ersteren die im Verhältniß von 1 (Pfund Gold) zu 24 (Pfund Silber) geprägten Silbermünzen ebenso wie die Goldmünzen gesetzliches Zahlungsmittel sein sollen. Der Antrag Koenigs will also zum Besten der Silbergrubenbesitzer Deutschland aus dem „gesicherten Besitz der Goldwährung“, wie Graf Posadowsky sich in seiner Einleitungsrede ausdrückte, hinauskomplimentiren. Anders der Antrag Lexis, der grundsätzlich die Goldwährung aufrecht erhalten, bezw. auch in Frankreich einführen und die Silberprägung nicht freigeben will. Schon damit ist der Antrag den Bimetallisten verleidet. Während aber bisher Deutschland mit einem Quantum Silbermünzen auskommt, welches noch hinter dem gesetzlich zulässigen Maximum von 10 Mark pro Kopf um einige 20 Millionen zurückbleibt, soll der deutsche Silbermünzauf auf 20 Mark per Kopf erhöht werden und diese Silbermünzen sollen vom Staate in jedem Betrag, von Privaten bis zu einem Maximum von 1000 Mark in Zahlung genommen werden. Wer aber einen solchen Vorschlag „zur Hebung des Silberwerthes“ macht, der wird doch vor Allem nachzuweisen haben, daß für einen jetzt mehr als verdoppelten Umlauf von Silbersscheidemünzen in Deutschland auch wirklich Raum ist; mit anderen Worten, daß der deutsche Geldverkehr einer solchen Vermehrung der Umlaufsmittel bedarf. Münzen, mögen es nun Gold- oder Silbermünzen sein, haben eine Berechtigung doch nur insoweit, als sie für den Münzverkehr des Landes nothwendig oder verwendbar sind. Gegen die erstere Thatsache spricht der Umstand, daß von den zur Zeit vorhandenen Münzen Ende 1892 etwa die Hälfte der noch vorhandenen alten Silberthaler (etwa 200 Millionen) und ein nicht unerheblicher Theil der Reichssilbermünzen in den Kellern der Reichsbank lagerte, weil der Verkehr ihrer nicht bedurfte. Ist ein weiteres Bedürfniß nicht vorhanden, so werden die neuen Silbermünzen lediglich die bisherigen zwecklosen Vorräthe vermehren — immer vorausgesetzt, daß nicht etwas ganz Anderes geschieht; d. h. daß Deutschland nicht sein gutes Geld hergiebt, um dafür eine halbe Milliarde Silber zu kaufen und die erhebliche Steigerung der Umlaufsmittel eine allgemeine Preissteigerung hervorruft, von der auf die Dauer Niemand einen Vortheil haben würde. Die Goldwährung bliebe im Prinzip bestehen; aber Gold würde die Rolle des unsichtbaren Mikado spielen, während der sichtbare Herrscher auf dem Münzgebiete, der Taktstock des Silbers wäre! Alles das zur Hebung des Silberpreises! Da wäre es ja fast noch besser, jährlich ein gewisses Quantum Silber ins Meer zu werfen oder sonst zu vernichten.

* * *

Der Silberkommission, welche am Montag, den 12. d. M. zusammentritt, sind wieder verschiedene Schriftstücke zugegangen, unter anderen eine von **Reichsschatzamt** angefertigte **Aufstellung**, betreffend die **Durchführung** der **deutschen Münzreform**, aus welcher hervorgeht, daß bei einer Kompensation der Ausgaben und Einnahmen bis jetzt ein Verlust auf die verkauften alten Silbermünzen im Betrage von beiläufig 672 Millionen Mark Nominal nur 31½ Millionen Mark betragen hat, und auch diese verringern sich noch sehr bedeutend, nämlich um 24 Millionen, weil diese letztere Summe nicht vom Minderwerthe des Silbers, sondern vom Mindergehalt der eingeschmolzenen alten Münzen herrührt, so daß effektiv bis jetzt nur 7 Millionen bei der ganzen kolossalen Umwandlung des Silbers in Gold zugezahlt worden sind. Die Nat. Ztg. die diese Mittheilungen bringt, bemerkt dazu: Wie glänzend wäre die deutsche Münzreform durchgeführt, wenn nicht die Einstellung der Silberverkäufe im Frühjahr 1879 ihr einen vom Gesetz nicht beabsichtigten Verlust nachträglich zugeführt hätte! Auch ein neuer Antrag ist eingelaufen von Seiten der Herren Dr. Arendt, v. Kardorff, Leuschner und Wülfing. Die Herren scheinen doch nicht darauf zu zählen, daß der Reichstagsantrag Kanitz, wonach Deutschland schon jetzt für sich die Doppelwährung proklamiren und bis zu deren Annahme von Seiten der anderen Staaten einstweilen den kleinen Betrag von 3¾ Millionen Silbermünzen ausprägen soll, eine Mehrheit in der Kommission finden würde. Die neuen Antragsteller begnügen sich damit, vorzuschlagen, daß Deutschland eine Münzkonferenz nach Berlin einberufe auf Grund des Programms der internationalen Doppelwährung, mit oder ohne Zutritt von England, auf der Basis der Wiederherstellung der Relation von 1:15½. Bis dieses hohe Ziel erreicht würde, soll Deutschland einstweilen Uebergangsmaßregeln zur Hebung des Silberwerthes für sich allein beschließen, welche die Antragsteller nach Erledigung ihres Prinzipalantrages der Kommission vorzulegen sich bereit erklären. Damit jedoch die Sache nicht überstürzt werde, erklären sie sich auch damit einverstanden, daß zuerst eine Untersuchung der gesammten Währungsfrage auf der Grundlage des von der Regierung (vor Jahresfrist und nicht für diese Kommission) festgestellten und jetzt zur Information mitgetheilten Fragebogens vorgenommen werde, und dann erst ihr Antrag zur Verhandlung komme. Die Erledigung dieses, die Gesammtheit aller Streitfragen der Währung umfassenden Programms würde wohl mindestens Jahresfrist in Anspruch nehmen.

Hierzu für die auswärtigen Abonnenten „Deutsche Lesehalle“ Nr. 10.